Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 322 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 Mk. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbell.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Mätzold, Halle (Saale)

Mittwoch, 12. Juli 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

„Deutschland" in Amerika

Wie die kühne Fahrt verlief

Die Erzählung des Kapitäns der „Deutschland" 4000 Meilen quer über den Ozean

Baltimore, 11. Juli. Der Kapitän des Unterseebootes „Deutschland" erklärte mit aller Bestimmtheit, daß die „Deutschland", das erste einer Reihe von gleichartigen Schiffen, erbaut wurde, um einen regelmäßigen Handel mit überseeischen Ländern einzurichten. Das Unterseeboot verließ Bremen mit ungefähr 750 Tonnen kostbaren Farbstoffen. Als der Kapitän am Sonnabend letzter Woche in die Nähe der Virginia-Vorgebirge kam, beschloß er, unter Wasser die Dunkelheit abzuwarten, ehe er näher an die Küste heranfuhr. Als das volle Mondlicht kurz nach Mitternacht aufhörte, sei die „Deutschland mit voller Kraft zwischen dem Virginia-Vorgebirge hindurchgefahren. Das Unterseeboot habe den Ozean von Helgoland in gerader Linie durchschnitten. 90 Meilen habe es unter Wasser zurückgelegt. Auf der Nordsee habe es wiederholt Rauchwolken von englischen Kreuzern und Zerstörern gesichtet.

Baltimore, 11. Juli. (Reuter) Das Unterseeboot „Deutschland" wird als Unterse.-Liniendampfer geschildert. Das Schiff warf gestern unterhalb Baltimore nach einer Reise von 4000 Meilen quer über den Ozean Anker. Das Unterseeboot kam am Sonntag früh unter dem Schutze der Dunkelheit zwischen Kap Charles und Kap Henry durch und ließ dann seine Sirene spielen, um die Aufmerksamkeit der Lotsen auf sich zu lenken. Es wurde vom Schlepper „Timmins" bemerkt, der während der letzten zwei Wochen unaufhörlich auf der Bucht lag, um das Unterseeboot nach dem Hafen zu bringen. Die Deutschland führte, als sie zwischen den beiden Kaps auftauchte, keine Flagge hißte aber dann, als sie mit eigener Kraft in die Bucht einfuhr, die deutsche Flagge. Der Lotse, der das Unterseeboot die Bucht hinaufgeleitete, erzählte, daß Offizier und Besatzung, zusammen 30 Mann, alle die Uniform der deutschen Handelsmarine tragen. Die Besatzung wird nach Beschluß der Hafenbehörde an Bord bleiben. Der Lotse erzählte, daß der Kapitän des Unterseebootes mitteilte, der Zweck der Reise der „Deutschland" sei, mit den Vereinigten Staaten Handel zu treiben. Sobald die Ladung gelöscht sei, werde Nickel und Rohgummi geladen werden. Während das Unterseeboot selbst an den Agenten des Norddeutschen Lloyd konsigniert ist, ist die Ladung für die „Eastern Forwarding Company" bestimmt, die vor kurzem ausschließlich für Unterseebootfracht gegründet wurde. Von Seiten der Firma Schumacher & Co. wird versichert, daß die „Deutschland" ausschließlich für Handelszwecke ausgerüstet worden sei, und daß sie der Reederei Ozean-Bremen gehöre. Sie sei 315 Fuß lang und an der breitesten Stelle 30 Fuß breit. Das Unterseeboot werde von zwei Dieselmotoren getrieben.

Amsterdam, 11. Juli. Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times" aus New-York berichtet, daß die „Deutschland" einen Bruttoinhalt von 791 und einen Nettoinhalt von 717 Tonnen habe. Nach den Schiffsdokumenten ist das Unterseeboot dazu bestimmt, zwischen Bremen einerseits und Boston und anderen westatlantischen Häfen andererseits Fracht zu führen. Das Unterseeboot verließ Mitte Juni Bremen und trat dann die Reise über den Ozean an. Die Ladung besteht aus Chemikalien, die in gutem Zustande sein sollen.

Die Ladung der „Deutschland"

Berlin, 12. Juli. Die „Voss. Ztg." gibt eine Unterredung der „Wiener Zeit" mit dem Syndikus der Deutschen Ozean-Reederei Dr. Welti über das neue Handelsunterseeboot wieder, in welcher dieser u. a. sagte, das Schiff könne auch einen Monat auf hoher See bleiben. Es habe außer den Farbstoffen im Werte von 60 Millionen vor allem die seit langem aufgestapelte diplomatische und Bankpost von Deutschland nach Amerika an Bord gehabt.

Berlin, 11. Juli. Wie wir erfahren, ist Kapitän König, der Führer des Handels-Unterseebootes „Deutschland", ein Sachse.

Die völkerrechtliche Stellung der „Deutschland"

Washington, 11. Juli. Das Reuterische Bureau meldet, daß gegen den Aufenthalt der „Deutschland" in amerikanischen Gewässern beim Staatsdepartement Protest eingelegt werden solle, falls sich herausstellen sollte, daß es in irgendwelcher Hinsicht als deutsches Marinefahrzeug betrachtet werden könne, das im Auftrage des deutschen Marineamtes handle.

Nun ist aber, wie die „B. Z." schreibt, die völkerrechtliche Lage, die durch das Erscheinen des U-Bootes in Baltimore geschaffen wurde, sehr klar, einfach und unbestreitbar. Die „Deutschland" ist vollkommen unbewaffnet, folglich kann sie sich im neutralen Hafen beliebig lange aufhalten, während ein Kriegsfahrzeug 24, höchstens 48 Stunden bleiben darf. Ein Kriegsschiff darf nur die notwendigen Reparaturen vornehmen und seine Vorräte nur so weit ergänzen, daß es den nächsten neutralen Hafen erreichen kann. Diese Beschränkungen fallen bei einem reinen Handelsschiff selbstverständlich fort. Es kann vollkommen gesetzmäßig bringen und holen, was es will. Führung und Mannschaft des U-Frachtbootes stehen selbstverständlich in keinem militärischen Verhältnis; sie sind im Falle einer Festnahme durch den Feind nicht als Kriegsgefangene, sondern als Zivilgefangene zu behandeln.

Köln, 11. Juli. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Washington vom 9. Juli: Die stark bezweifelte Ankunft des deutschen Unterseebootes „Deutschland" erregte das größte Aufsehen. Lansing erklärte, das Schiff werde als Handelsschiff angesehen, wenn es den Charakter als Handelsschiff aufweise.

Die Verlegenheit unserer Feinde

Bern, 11. Juli. „Petit Journal" schreibt zur Ankunft des deutschen Handelsunterseebootes in Baltimore:

Im Zusammenhang mit dem Fall Cartagena werde dies einen Meinungsaustausch zwischen den Alliierten beschleunigen, ob nämlich für diese neuen Kriegsmaschinen nicht neue Regeln im Völkerrecht aufzustellen seien (!), was deren Ueberwachung hinsichtlich ihrer Abfahrt und Ankunft in neutralen Häfen sowie ihre rechtliche Behandlung im Hafen angehe. „Journal" sagt: Die Deutschen versäumten keine Gelegenheit, um zu zeigen, daß die Herrschaft der Alliierten über die Meere keineswegs vollständig ist. Ihre Taktik ist nicht zu verachten, indessen kommt es ihnen vor allem darauf an, zu erreichen, daß das Unterseeboot als neues Kriegswerkzeug nicht unter die bisherigen völkerrechtlichen Bestimmungen falle (!).

Das „B. T." erfährt aus Kopenhagen, daß die Kriegsschiffe des Vierverbandes bereits seit längerer Zeit einen scharfen Ueberwachungsdienst längs der amerikanischen Ostküste eingerichtet hätten, um deutschen Unterseebooten die Einfahrt in amerikanische Häfen zu verlegen.

Der österreichische Generalstabsbericht

Die Russen an allen Stellen geworfen

Erfolgreiche Luftangriffe österreichischer Seeflugzeuge

Wien, 11. Juli. Amtlich wird verlautbart 11. Juli:

Russischer Kriegsschauplatz

In der Bukowina keine Ereignisse.

Bei Zabie am Czeremosz wiesen unsere Truppen russische Vorstöße zurück. Weiter nördlich bis an den oberen Stochod dauert, von erfolgreichen Unternehmungen unserer Jagdkommandos bei Burkanow abgesehen, die Kampfpause an. Bei Sokul brachen überlegene russische Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Vergeblich bemühte sich der Feind, seine zurückflutenden Massen durch das Feuer seiner Geschütze und Maschinengewehre zum Stehen zu bringen. Bei Hulewicze am Stochod wurde der Gegner durch deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte nach erbitterten und wechselvollen Kämpfen geworfen. Auch verschiedene andere Vorstöße, die der Feind im Stochodgebiet unternahm, scheiterten völlig.

Italienischer Kriegsschauplatz

Gestern fanden keine Infanteriekämpfe von Bedeutung statt. Zahlreiche feindliche Ueberläufer bestätigen die besonders schweren Verluste der Italiener bei ihren Angriffen im Raume östlich der Zima Dieci.

Unsere Seeflugzeuge belegten militärische Anlagen und den Bahnhof von Latisana ausgiebig mit Bomben, die mehrere große Brände verursachten. Feindliche Flieger warfen in den Judicarien auf Tione Bomben ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Außer zeitweiligem Geplänkel an der unteren Vojusa nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Deutsche Fliegerbomben auf Calais und das Truppenlager bei Bray-Dunes

Berlin, 11. Juli. Zwei deutsche Marineflugzeuge haben in der Nacht vom 10. zum 11. Juli Calais und Truppenlager bei Bray-Dunes mit Bomben belegt. Die Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Politische Wochenschau

Der Streit um das Vertrauen — Die Kriegsziele des Kanzlers

I.

Der Leipziger Historiker Prof. Brandenburg hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der nationalliberalen Organisation für das Königreich Sachsen an die kürzlich erfolgte Kundgebung der Hauptleitung seiner Partei erklärt, daß er der Politik des Herrn Reichskanzlers Vertrauen nur unter der Voraussetzung schenken könne, daß ihm Kenntnis von den Kriegszielen des Herrn v. Bethmann Hollweg würde. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat darauf folgendes geantwortet:

Der Vorsitzende der nationalliberalen Landesorganisation Sachsens, Geheimer Hofrat Professor Brandenburg, veröffentlicht im „Leipziger Tageblatt" eine Erklärung, in der er die Ansicht vertritt, daß es voreilig und vielleicht unheilvoll sei, dem Reichskanzler Vertrauen zu schenken, bevor man wisse, wie er über den künftigen Frieden denkt. Erst müsse der Kanzler seine Karten aufdecken und klipp und klar verkünden, was er wolle, dann sei es Zeit, sich zu überlegen, ob man seine Politik unterstützen solle oder nicht.

Professor Brandenburg faßt die Vertrauensfrage am verkehrten Ende an. Wir befinden uns im Kriege. Noch ist der endgültige Sieg nicht errungen. Während unsere Söhne und Brüder draußen im Felde und auf dem Meere kämpfen und bluten, und wir daheim, Mann und Frau und Kind, vom ersten bis zum letzten, alle physischen und moralischen Kräfte aufs höchste anspannen, um den Krieg siegreich zu überwinden, dient es da dem Ganzen, gegenüber der politischen Leitung des Reiches Vorsicht und kritische Zurückhaltung zu empfehlen, weil sie nicht tut, was ihr für den Augenblick die elementarste politische Klugheit verbietet? Gilt sonst der Spruch: Erst wägen, dann wagen, so heißt es hier: Erst schlagen, dann fragen!

Auf das Heute kommt es an, nicht auf das Uebermorgen. Wer für heute mißtraut, weil er für übermorgen Vorbehalte hat, schwächt die einige innere Stärke. Die ist die Forderung des Tages.

Diese seltsame halbamtliche Vertrauensforderung fand äußerst wenig Glück in der Presse. Von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sucht man vergeblich nach einer Silbe herzlicher Zustimmung oder lebendigen Verständnisses für diese Versuchung einer Ueberredung zur Liebe.

So bemerkte mit Recht die „Kreuz-Ztg.":

Wie uns das in letzter Zeit so oft bei amtlichen und halbamtlichen Kundgebungen begegnet ist, geht auch diese von der Fiktion aus, als sei Vertrauen eine Sache, die willkürlich gegeben oder verweigert werden könne, etwa wie eine Zahlung oder Steuerleistung. Vertrauen ist aber eine Sache der Ueberzeugung und des Gefühls. Ich kann sachlich zu jemandem Vertrauen haben, weil ich seine Ziele und Pläne in einer bestimmten Frage kenne und für richtig halte. Oder ich kann einer Person so vertrauen, daß ich weiß, sie wird immer die richtigen Ziele und Wege finden. Dieses sozusagen blinde Vertrauen haben ganze Völker einzelnen Männern immer nur nach überragenden Erfolgen geschenkt. Ein Moltke und Hindenburg besaßen oder besitzen es, selbst ein Bismarck hat es nicht unbedingt besessen. Die Unterlagen für jenes, das sachliche Vertrauen fordert Professor Brandenburg.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier" äußerte sich folgendermaßen:

„Diese Kundgebung trifft m. E. nicht den Kernpunkt der Sache . . . In Deutschland stehen sich — darüber ist kein Zweifel — zwei Gruppen scharf gegenüber: die eine Gruppe wird durch die Namen Scheidemann und Theodor Wolff charakterisiert, die andere Gruppe umfaßt vornehmlich weite Kreise, die nicht nur im konservativen Lager, sondern weit über die Nationalliberale Partei hinaus in den Schichten des gesamten Liberalismus vorhanden sind und in einem größeren und stärkeren Deutschland das Ziel dieses Kampfes und in England den Hauptfeind unserer wirtschaftspolitischen Entwicklung erblicken. Solange die Auslassungen des Kanzlers so unbestimmt gehalten sind, daß beide Gruppen alles aus diesen Darlegungen herauslesen können, solange kann er nicht erwarten, daß ihm das allgemeine Vertrauen entgegengebracht wird, das er, wie ja von seinem Standpunkte aus auch verständlich ist, gern als Fundament für seine politische Tätigkeit haben möchte. Vorläufig stehen die weitesten Kreise Deutschlands unter dem Eindruck, daß das Herz des Kanzlers der erstgenannten Richtung zuneigt und daß wir heute eine Politik erleben, deren Organe das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" sind. Das hat Mißtrauen erweckt, und dieses Mißtrauen ist bis zur Stunde nicht beseitigt. Im übrigen zeigen die Kundgebungen des Herrn Professor Brandenburg, woran wir übrigens nie gezweifelt haben, daß der einhellig gefaßte Beschluß des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei auch bei den Parteifreunden im Lande rückhaltlose Billigung findet und daß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191607122-11/fragment/page=0001

Führer der Partei sich bei der von ihm eingenommenen Haltung auf die überwältigende Mehrheit der Parteigenossen im Lande stützen kann."

Und auch der sozialdemokratische „Vorwärts" sagte zur Kundgebung des Kanzlerblattes:

„Dieses Ausweichen auf Fragen von folgenschwerster Bedeutung erscheint uns ebensowenig begründet und einleuchtend, wie es Professor Brandenburg von seinem völlig entgegengesetzten Standpunkt aus befriedigen wird."

Das Kanzlerorgan sah sich daher veranlaßt, seine erste, so wenig glückliche Bemerkung folgendermaßen zu interpretieren:

Unsere gestrige Notiz über die Rede des Professors Brandenburg ist von einigen Blättern dahin ausgelegt worden, als würde darin ein blindes Vertrauen für den Reichskanzler gefordert. Blindes Vertrauen fordert der Reichskanzler nicht, aber er befürchtet, daß ein für die Zukunft unter Bedingungen vorbehaltenes Vertrauen in der Gegenwart neues Mißtrauen sät und vorhandenes vertieft, und er glaubt, daß wir das in dieser ernsten Zeit nicht brauchen können.

Nachdem man im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flau- und Schlappmacher hat hinstellen wollen, im weiteren Verlauf zu unzähligen Malen offen und verdeckt den Verdacht geäußert und geweckt hat, als würde nicht aus realen, sondern aus sentimentalen Gründen auf wirksame und entscheidende Kriegsmittel verzichtet, als fehle der entscheidende Wille zum Siege, darf man sich jetzt nicht auf einen auf solche Weise hervorgerufenen Mangel an Vertrauen berufen und es so darstellen, als forderte der Reichskanzler gegenüber einem angeblich überall bestehenden Mißtrauen volles Vertrauen.

Diese Tendenz finden wir zu unserem Bedauern in einigen Kommentaren zu unserer gestrigen Notiz wieder.

Es handelt sich, wie aus den zitierten Pressestimmen hervorgeht, keineswegs um nur „einige Kommentare", wie die „Nordd. Allg. Ztg." angibt, sondern um Urteile aus allen politischen Lagern. Aber auch die neue Veröffentlichung des Kanzlerorgans konnte nicht als glücklich und überzeugend angesprochen werden. Sehr treffend bemerkte die „Kreuz-Ztg." dazu:

Wenn der Reichskanzler jemanden, der erklärt, man nicht vertrauen zu können, beschuldigt, die einige innere Stärke zu schwächen, wie die erste Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sagte, damit also sein Vertrauen als vaterländische Pflicht hinstellt, es gleichzeitig aber für unmöglich erklärt, ihm Unterlagen für sein Vertrauen zu geben, so läuft das allerdings auf die Forderung blinden Vertrauens hinaus.

Der zweite Absatz der obigen Notiz sieht die einzige Quelle des beklagten Mangels an Vertrauen in unberechtigten entstellenden Beschuldigungen gegen den Kanzler. Wir wollen gern zugeben, daß solche in den vertraulichen Denkschriften, denen das Korrektiv der Oeffentlichkeit nicht zur Seite steht, enthalten sein mögen. Aber war es denn richtig, durch Unterbindung jeder sachlichen öffentlichen Kritik an der Leitung unserer auswärtigen Politik die Entstehung solcher vertraulichen Denkschriften geradezu zu provozieren? Die immer wiederholte Erklärung, daß das Vertrauen zum Reichskanzler vaterländische Pflicht sei, kann es nicht schaffen, am allerwenigsten, wenn Erläuterungen wie die im obigen zweiten Absatz enthaltene hinzugefügt werden, die einigend und versöhnend nicht zu wirken vermögen, weil sie neue Beschuldigungen aussprechen, über die nach Lage der Dinge eine sachliche Auseinandersetzung nicht möglich ist.

In der freisinnigen „Vossischen Zeitung" schrieb ferner Georg Bernhard:

„Wenn der Herr Reichskanzler oder seine berufenen Freunde glauben, sich über Mißtrauen beklagen zu können, so sei es gestattet, ihnen doch auch einmal auseinanderzusetzen, wie vielfach eine Stimmung, die so gedeutet werden durfte, in Deutschland entstand. Es gab einige Blätter, die stets sagten, als ob sie im Namen des Kanzlers zu sprechen ermächtigt waren. Diese Blätter beschimpften und ironisierten all diejenigen, von denen sie glaubten, daß sie anderer Ansicht waren als sie. Diese Blätter haben die unsagbare Verwirrung in die öffentliche Meinung getragen, daß die Deutschen sich teilen in fromme, ehrliche Vaztisten und in tollgewordene Annektionisten, die halb Europa mit Beschlag belegen wollen. Als das Programm der Tollgewordenen ist von diesen Leuten immer die Forderung der bekannten sechs Verbände hingestellt worden. Bis in die letzten Tage hinein ist mit diesen Forderungen ein bedenkliches Spiel getrieben worden. Wenn der Herr Kanzler diese „Freunde" früher abgeschüttelt hätte, so würde die öffentliche Meinung niemals derartig vergiftet worden sein. Der Kanzler hätte dann auch den großen Vorteil gehabt, zu wissen, wie wichtige Vertreter der öffentlichen Meinung in Deutschland wirklich denken. Es hätten sich dann da, wo anscheinend klaffende, unüberbrückbare Gegensätze bestehen, manche Brücken gefunden, und viel Aerger und Getratsch wäre ihm und uns erspart geblieben."

Und Geh. Hofrat Prof. Brandenburg selbst wandte sich folgendermaßen gegen die Kritik der „Nordd. Allg. Ztg.":

„Es wird der Vorwurf erhoben, wer der Reichsleitung heute mißtraue, weil er für übermorgen Vorbehalte mache, der schwäche die eigene innere Stärke. Diese Auffassung ist alt und läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß jeder Deutsche zu schweigen habe, bis das Friedenswerk vollendet vorliegt, damit das Ausland nicht merkt, daß auch bei uns verschiedene Anschauungen über das Ziel, das erreicht werden soll, vorhanden sind.

Ich muß gestehen, daß ich diese Anschauung für sehr kurzsichtig halte. Im Auslande weiß man trotz der Zensur ganz genau, daß über die Kriegsziele verschiedene Meinungen bei uns bestehen. Unterdrückt man die freie Aeußerung darüber, oder sucht sie, wenn man sie zuläßt, als unpatriotisch und unsere Stellung gegenüber dem Feinde schädigend zu kennzeichnen, so ruft man dadurch mit Notwendigkeit jene Erscheinung hervor, über die sich der Herr Reichskanzler bei seinem letzten Auftreten im Reichstage so bitter beschwert hat: Private und teilweise anonyme Pamphlete und Zuschriften treten an die Stelle einer offenen und öffentlichen Diskussion. Man sollte sich in Berlin endlich darüber klar werden, daß es eine unwürdige Zumutung an ein großes und selbstbewußtes Volk ist, jahrelang zu schweigen über die Fragen, die alle im Innersten bewegen, und die für die Zukunft des Deutschtums auf unabsehbare Zeit hinaus entscheidend sind. Blindes Vertrauen könnte höchstens eine Regierung fordern, die auf ganz große Leistungen in der Vergangenheit hinzuweisen vermöchte. Meines Erachtens haben wir alle das Recht, zu sagen, was wir für die Zukunft unseres Volkes als notwendig erachten, ohne deshalb in dieser Weise zurechtgewiesen zu werden.

Ich nehme selbstverständlich an, daß der Herr Reichskanzler sich selbst völlig klar ist über das Maß dessen, was er für notwendig hält. Er kann aus diplomatischen Erwägungen der Ueberzeugung sein, daß er es niemanden sagen darf, bis die Zeit zu Friedensverhandlungen da sei. Dann hat er aber auch nicht zu erwarten, daß eine Politik, die niemand kennt, von einer mächtigen Strömung des eigenen Volkes getragen und unterstützt werde; dann muß er die selbstsichere Ruhe haben, unbekümmert um die Volksstimmung seinen Weg zu gehen, und darf sich nicht beklagen, wenn die Wellen der Ungeduld, des Mißtrauens und sogar der Verleumdung um ihn branden und ihn hier und da bespritzen. Es gibt Staatsmänner, die das können und damit Erfolg haben, wie es bei Bismarck der Fall war. Aber ob das heute inmitten eines solchen Weltkrieges mit ungeahnten Opfern und Anstrengungen möglich ist, dürfte doch recht zweifelhaft sein. Wie ganz anders würde die Stellung des Reichskanzlers bei Friedensverhandlungen sein, wenn er sagen dürfte: Was ich fordere, fordert mit mir der größte Teil meines Volkes, ich spreche hier nicht nur als Diplomat, als Vertreter der Verbündeten Regierungen, ich spreche im Namen Deutschlands, im Namen seines tapferen Heeres, das Uebermenschliches geleistet hat, im Namen seines zähen und beharrlich alle Lasten tragenden Volkes. Bismarck pflegte sich zu freuen, wenn die öffentliche Meinung mehr verlangte, als er wirklich für durchführbar hielt, weil er sich dann dem Feinde gegenüber darauf berufen konnte, daß seine Forderungen noch sehr maßvoll seien.

Neben der Vertrauensfrage hat nun die „Nordd. Allg. Ztg." auch die Frage der Kriegsziele angeschnitten. Das Kanzlerorgan schrieb:

In einer Betrachtung über die Stimmung des Volkes schreibt die „Kreuzzeitung": Die Regierung habe verlautet, dem Volke die großen Ziele zu zeigen. Der Vorwurf ist alt, so alt, daß es uns wundernimmt, daß er noch im Volke lebendig sein soll. Ist er wirklich berechtigt?

Der innere Sinn dieses großen Kampfes ist die Verteidigung des deutschen Volkes, seiner Freiheit und seiner Zukunft. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird die tiefe Bedeutung dieses Sinnes, die in den Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers und in den Reden des Reichskanzlers immer wiederhervorgehoben worden ist, gerade jetzt, da an allen Fronten wütende Kämpfe toben, lebendiger als je empfinden. Ist dies kein Ziel, groß genug, alle zu einigen und innerlich zu beseelen? Man hat es vielfach so darstellen wollen, als sei dies Ziel doch ein rein negatives. Wer aber nicht über die Reden des Reichskanzlers hinweggehen will, namentlich über die Reden vom 19. August 1915, 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, die man er früher wiederholte Angedeutetes so ausführlich als möglich dargelegt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung jedenfalls die Verteidigung nicht im negativen Sinne, sondern in dem höchst positiven Sinne der Behauptung, Sicherung und Stärkung der deutschen Zukunftsstellung in der Welt faßt. Wenn die Einfallstore in das Herz Deutschlands fremden Einfluß entzogen, wenn Rußland hinter die Flüsse zurückgeworfen wird, die als kürzere Grenze Deutschland einen besseren Schutz geben, wenn die wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands in der ganzen Welt gesichert sein soll —, ist das kein großes Ziel? Sind die Kanzlerreden, in denen solche Forderungen erhoben wurden, das „lähmende Schweigen", aus dem die „Deutsche Tagesztg." Sorge und Zweifel wachsen sieht?

Es liegt in der Natur der Sache und in der Pflicht der politischen Leitung, in einem solchen Kriege einer Koalition gegen eine andere die Auffstellung konkreter Friedensbedingungen und den Zeitpunkt ihrer Bekanntmachung nicht abhängig zu machen von Stimmungen und Gefühlen, sondern lediglich von klarer realpolitischer Erwägung. Wir haben es immer für einen bedauerlichen Fehler gehalten, daß die Kreise, die im Spätherbste des Jahres 1914 und im Frühjahre 1915 die Zeit für gekommen erachteten, große Eroberungsziele aufzustellen, dies ohne Fühlung mit der Regierung und ohne Rücksicht auf die politische und militärische Lage getan haben.

Da die Politik die Kunst des Möglichen ist, konnte die Regierung diesen Weg nicht betreten und mußte die Angriffe, die deswegen im Laufe des vergangenen Jahres gegen sie gerichtet wurden, auf sich nehmen. Die Behauptung des Deutschen Reiches gegen eine Welt von Feinden, die Sicherung seiner Zukunft und Freiheit nach West und Ost bleibt deshalb doch als Aufgabe so groß und gewaltig, daß wir unsere inneren Kräfte nicht schon inter arma durch vorzeitigen Streit über die Grenzen des Möglichen und Nützlichen bei den Friedensverhandlungen zersplittern dürfen.

Und tags darauf ergänzte das halbamtliche Blatt seine Darlegungen nachstehend:

Die „Deutsche Tageszeitung" meint in einer Entgegnung auf unsere Bemerkungen vom Sonnabend, die Behauptung, „man" habe im ersten Halbjahr des Krieges den Reichskanzler als Flau- und Schlappmacher hinstellen wollen, dürfte unbewiesbar sein. Das man das gar nicht tun konnte, dafür habe schon die Zensur Sorge getragen.

Diese Erwiderung wird allen Leuten, die die Findigkeit eines gewandten Publizisten zu schätzen wissen, nur ein vergnügtes Lächeln abnötigen. „Man" kann das sehr gut, auch trotz der Zensur, und wie man es macht, darüber geben unzählige Artikel der „D. T.-Z." lehrreichen Aufschluß. Die Zeitung wird sich auch selbst erinnern, daß sie trotz ihrer Kunst, zwischen den Zeilen lesen zu lassen, gelegentlich die Zensur zum Einschreiten nötigte.

In ihren weiteren Bemerkungen liefert dieselbe Zeitung sogleich ein paar Beispiele. Sie meint, die Flau- und Schlappmacher hätten immer den Anschein erwecken dürfen, als teile die Regierung ihren Standpunkt. Wir glauben, daß niemand außer den Lesern der „Deutschen Tageszeitung" an besondere Verbindungen zwischen dem Bund „Neues Vaterland" und der Regierung glauben, niemand ohne die versteckten Hinweise der „D. T.-Z." den Eindruck haben konnte, der Reichskanzler sei Führer oder Werkzeug einer anglophilen Partei, die nur an baldigen Frieden mit England denke und darum England ja nicht zu nahe treten wolle.

Ein weiteres Beispiel: Dieselbe Zeitung stellt die angeblich rein negative und schattenhafte Formulierung der Kriegsziele des Reichskanzlers nach Westen mit der negativen Tatsache unserer politischen Kriegführung nach Westen, also wohl mit der Politik der Regierung gegenüber den Vereinigten Staaten in der U-Bootfrage, zusammen, und meint, aus diesem Zusammenfallen wüchsen Sorgen und Zweifel an dem entscheidenden Willen zum Siege. Wir meinen, daß die „D. T.-Z." in auswärtigen Fragen Urteilsfähigkeit genug besitzen müßte, um zu sehen, daß die Gründe für die „schattenhafte Formulierung" der Ziele nach dem Westen mit den Gründen der Behandlung unseres Verhältnisses zu Amerika gar nichts zu tun haben. Wenn es der „Deutschen Tageszeitung" darauf ankäme, Verständnis und Vertrauen zu fördern, würde sie gewiß darauf verzichten, anzudeuten, daß beide Dinge, die „schattenhafte Formulierung" der belgischen Garantien und die Vermeidung des Krieges mit Amerika, irgendwie mit einer zaghaften Schonung Englands zusammenhängen.

Endlich soll der Reichskanzler wieder in Gefahr sein, als Flaumacher zu gelten, wenn er nicht den Abgeordneten Scheidemann abschüttele, weil dieser in einer Breslauer Versammlung behauptet hat, vom Reichskanzler gehört zu haben, daß er die in der Denkschrift der sechs Verbände aufgestellten Eroberungspläne keineswegs billige. In Besorgnis um das Ansehen des Reichskanzlers in weiteren Volkskreisen beruft sich die „Deutsche Tageszeitung" darauf, daß die Angabe des Abgeordneten Scheidemann in vollem Gegensatze zu der Auffassung stehe, welche die Vertreter der sechs Verbände selbst bei ihren Unterredungen mit dem Kanzler und dessen Aeußerungen hatten. Der Reichskanzler hat im Laufe der Kriegszeit viele Personen verschiedener Parteien und Berufe, Fraktionsvorstände, Vertreter wirtschaftlicher Gruppen, Männer der Feder, empfangen und in wechselndem Zusammenhange häufiger auch vertrauliche Ansichten über den künftigen Frieden ausgetauscht. Keiner aber, auch die Vertreter der sechs Verbände nicht, kann von ihm mit der Auffassung geschieden sein, daß er sich mit jenen Zukunftsforderungen der Denkschrift identifiziere.

Ist nun etwa der ein Weichling und schwachmütiger Politiker, der anderer Ansicht ist als die sechs Verbände? Ist die Verkündung von Zielen, die nach ihrer Möglichkeit ungewiß und nach ihrer Nützlichkeit bestritten und zweifelhaft sind, das wahre Zeichen von Mut und überlegener Einsicht?

Jedenfalls hat unser Großmeister der Staatskunst den Wert seiner Friedensschlüsse niemals allein nach der Größe der Gebietserweiterungen bemessen, deshalb auch niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben getrachtet, sondern Kern und Stern seines Wirkens war immer: Wie mache ich am zweckmäßigsten und dauerhaftesten mein deutsches Vaterland einig, stark und zur freien Entwicklung seiner Kräfte unangreifbar. Diese Grund- und Richtlinie der Bismarckschen Praxis darf in dem heroischen Verteidigungskampfe um das Werk, das er bald mit Blut und Eisen, bald mit weiser Mäßigung schaffen half, auch gegenüber der Forderung nicht vergessen werden, daß wir aus diesem Kriege stärker hervorgehen, als wir hineingegangen sind.

Dem nachzusinnen, dünkt uns eine bessere Vorbereitung auf die Friedenserörterungen, als das Hantieren mit groben Kategorien und eingebildeten Kümmernissen.

Man wird auch diese neuen Erklärungen der „Nordd. Allg. Ztg." nur für wenig glücklich halten können. Da sie aber etwas positiver auf die Kriegsziele des Kanzlers eingehen, werden sie uns Gelegenheit geben können, in einem zweiten Aufsatz zum ganzen Fragenkomplex im Zusammenhang einiges zu sagen.

Zur ersten Fahrt der neuen „Deutschland"

Kopenhagen, 11. Juli. Im Leitartikel von „Dagens Nyheter" über die Ankunft des Unterseefahrzeuges „Deutschland" in Baltimore heißt es u. a.:

Mit einem unwillkürlichen Gefühl von Bewunderung verzeichnet man diesen neuen Beweis deutscher Energie und Initiative. Allein der Umstand, daß das erste Unterseefahrzeug mit ausschließlich friedlicher Bestimmung jetzt Tatsache ist und daß dieses Fahrzeug in Deutschland gebaut wurde und auf der langen Reise über den Ozean seine Probe bestand, muß Achtung einflößen vor einem Volke, dem dieser Fortschritt zu verdanken ist. Es wird der Zukunft vorbehalten sein, auf dem jetzt gewiesen Wege fortzuschreiten. Das erste Friedensunterseeboot, das über das Weltmeer ging, führte die deutsche Flagge! Möge dies von guter, friedlicher Vorbedeutung sein.

London, 11. Juli. „Central News" melden aus New-York: Der Kapitän des Unterseebootes „Deutschland" heißt Kairik (?). Die Ankunft des Unterseebootes wird, wie aus Washington gemeldet wird, dort als Warnung an die Vereinigten Staaten betrachtet, daß Amerika nicht außerhalb des Bereiches der deutschen Unterseeboote liege. Graf Bernstorff versicherte, daß die „Deutschland" ein Handelsschiff sei, das von einer deutschen Reederei geschickt wurde. Die amerikanische Regierung soll die Ankunft der „Deutschland" schon seit einigen Tagen erwartet haben. Der Kapitän des Schiffes, das der „Deutschland" entgegenfuhr, erzählt, daß das Unterseeboot den größten Teil der Reise an der Oberfläche des Meeres und nur 1800 Meilen unter Wasser zurückgelegt habe. Andere Unterseeboote sollen folgen.

Große Begeisterung in Bremen

Bremen, 11. Juli. Bösmanns telegraphisches Büro meldet: Die Nachricht von der glücklichen Durchquerung des Atlantischen Ozeans durch das bremische Handels-Unterseeboot „Deutschland" der neugegründeten Deutschen Ozean-Reederei hat in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung große Begeisterung und Freude hervorgerufen. Viele Staats-, öffentliche und Privatgebäude haben geflaggt. Auf dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd weht die Flagge der neuen Reederei, bei der aus allen Teilen des Reiches Glückwunschtelegramme eingelaufen sind. Die Bremer Handelskammer sandte dem Schöpfer des neuen Handelsunternehmens, ihrem früheren Präsidenten Alfred Lohmann, ein in herzlichsten Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm, in welchem sie auf die große Tragweite des Unternehmens hinweist, das den Anbruch einer neuen Zeit der Unabhängigkeit zur See bedeutet.

Die Germaniawerft, die Schöpferin des neuen Handels-U-Bootes

Berlin, 11. Juli. Zu dem Erfolge unserer Unterseeboote als Waffe ist ein neuer auf anderem Gebiete hinzugetreten. Eine Ladung wertvoller Güter ist vom Handelsunterseeboot „Deutschland" nach Baltimore gebracht worden. Der Gedanke, diesen Schiffstyp auch für nicht militärische Zwecke nutzbar zu machen, lag für den Laien wie für Fachleute zwar auf der Hand, wurde aber auf der Germaniawerft in Kiel, die als älteste Unterseebootwerft in Deutschland über die weitestgehenden Erfahrungen auf dem Gebiete des Unterseebootbaues verfügt, von Anfang an nicht nur ins Auge gefaßt, sondern man schritt hier sofort zur Verwirklichung. Die von ihr entworfenen Pläne wurden der Deutschen Ozean-Reederei G. m. b. H. in Bremen zur Verfügung gestellt. Das Boot wurde auf Grund der mit dieser Reederei gepflogenen Unterhandlungen von der Germaniawerft mit größter Beschleunigung für die Deutsche Ozean-Reederei G. m. b. H. gebaut. Es handelt sich um ein Unterseeboot, das ohne jede Bewaffnung geeignet ist, Leicht- und Schwergüter in Unter- und Ueberwasserfahrt auf weite Strecken zu befördern. An Größe übertrifft es die bis jetzt für militärische Zwecke gebauten Boote. Dabei wird der sonst für Armierungszwecke beanspruchte Raum zur Versorgung von Gütern verwendet.

Berlin, 11. Juli. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat heute das folgende Telegramm erhalten:

Das erste deutsche Handels-Unterseeboot „Deutschland", unserer Reederei gehörig, erreichte laut Funkspruch wohlbehalten Amerika mit einer Ladung Farbstoffe, um von dort mit Rohstoffen demnächst die Rückreise anzutreten.

Alfred Lohmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Ozeanreederei, Bremen.

Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

Zu dem mir freundlichst gemeldeten Triumph deutscher Schiffsbaukunst, welchen die Deutsche Ozean-Reederei erzielte, sage ich Ihnen zugleich im Namen des preußischen Abgeordnetenhauses allerherzlichste Glückwünsche. Möge nicht nur „Deutschland" und „Bremen" wohlbehalten heimkehren, sondern auch dieser neuesten Errungenschaft deutschen Erfindergeistes weitere gleich glänzende Erfolge beschieden sein.

Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191607122-11/fragment/page=0002

Lord Derby über Deutschland

„Ein Zusammenbruch der Deutschen ist völlig ausgeschlossen"

Berlin, 12. Juli. Dem „L.-A." wird aus London gemeldet: Lord Derby äußerte sich zu einem Berichterstatter des „Brooklyn Eagle", die Aufgabe, die Deutschen zu besiegen, sei so groß und schwierig, daß das Ziel nicht durch militärische Kraftanstrengungen allein zu erreichen sei. Ein Zusammenbruch der Deutschen ist nach Lord Derbys Meinung völlig ausgeschlossen.

Haigs Bericht

London, 11. Juli. Amtlicher Heeresbericht. General Haig berichtet:

Gestern Abend 8 Uhr unternahmen die Deutschen zwei heftige Angriffe auf den Wald von Trones. Der erste wurde zurückgewiesen, beim zweiten drangen die Deutschen zum südlichen Ende vor, wurden aber sofort wieder aus dem Walde vertrieben. Ein weiterer heftiger Angriff, der später erfolgte, brach vollständig zusammen. Die Verluste des Feindes bei diesen Angriffen waren schwer. An anderen Stellen machten wir Fortschritte. Nordwestlich von Contalmaison besetzten wir ein kleines Gehöft und erbeuteten drei Kanonen. Heute Morgen machten wir mehrere hundert Gefangene.

Die russischen Kriegsberichte

Petersburg, 11. Juli. Amtlicher Bericht vom 10. Juli.

Westfront: Südlich der Pinsker Sümpfe drängten unsere Truppen den Feind zurück und setzten kämpfend an vielen Stellen den Uebergang über den Stochod fort. Der Gegner sprengte bei seinem Rückzug mehrere Brücken. Bei den Dörfern Swidniki (b 16 Kilometer westlich von Sokul) und bei Alt- und Neu Mosor (17 Kilometer westlich von Sokul) am linken Ufer des Stochod wird heftig gekämpft. Wir machten hier Deutsche zu Gefangenen. Zwischen Kiselin und Zubilno zwangen wir den Feind durch einen überraschenden Handstreich zur Flucht. Die Truppen des Generals Kaledin machten in der Zeit vom 4. bis 8. Juli 341 Offiziere und 9145 kampffähige Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten vier Maschinengewehre, 16 Minen- und Bombenwerfer, 7930 Gewehre, 62 Kisten voll Munition, drei Schleuderwerfer und Depots mit Kriegsmaterial. Zu diesen Trophäen sind noch die im gestrigen Bericht erwähnten hinzuzuzählen, nämlich 300 Offiziere, 12 000 Soldaten, 45 Geschütze u. a. — In Galizien Artilleriekämpfe, die in den Abschnitten an beiden Dniestrufern besonders heftig waren. In den Abschnitten der Dünaburger Front griff der Feind südöstlich des Swentensees an. Er wurde abgewiesen und zog in seine Gräben zurück. Oestlich Baranowitschi machten die Deutschen einen neuen Gegenangriff welchen wir durch Artillerie- und Infanteriefeuer abwiesen. An verschiedenen Stellen der ganzen Front lebhafte Fliegertätigkeit. In der Gegend des Oginskikanals, östlich der Mündung in die Jasolda, schoß unsere Artillerie ein deutsches Flugzeug ab. Wir nahmen den Führer und den Beobachter gefangen. Mindestens sechs feindliche Flieger überflogen Moladetschno und warfen 40 Brandbomben ab. Sie schlugen in einen Schober ein, welcher zu brennen anfing.

Baltisches Meer: Bei gewöhnlichen Kreuzfahrten versenkte ein Unterseeboot im Bottnischen Meerbusen einen großen deutschen Dampfer, der mit Eisenerz beladen war.

Kaukasusfront: Westlich Platana gingen unsere Truppen von neuem vor. Im Raume von Gümüschkhane drangen unsere Jagdkommandos bis über die türkische Linie hinaus vor und machten viele Feinde mit dem Bajonett nieder. Südlich des Taurus gingen unsere Truppen mit Erfolg vor und besetzten einen der wichtigsten Engpässe in einer ganzen Reihe von Höhenzügen, welche der Feind seit langem ausbaute. An mehreren Stellen wurden die Türken aus ihren Stellungen vertrieben und flohen. Ebenso hatten die Truppen des Generals Krutam einen bedeutenden Erfolg. Es wurde eine große Anzahl Gefangene gemacht und ein Geschütz, sowie ein Maschinengewehr erbeutet, außerdem noch anderes Kriegsmaterial. In diesen Kämpfen zeichneten sich besonders die Fußtruppen des Terek-Kosaken-Regiments aus. Nach ergänzenden Berichten ist der schnelle Uebergang über den Fluß bei dem Dorfe Ugln im Gefecht am 8. Juli der persönlichen Heldentat des Obersten Kantserow, Kommandeur des 283. Regiments in Petersburg zuzuschreiben, welcher sich an die Spitze der Vorhut setzte, sie mit sich fortriß, mit ihr voreilte und die ganz in Flammen gehüllte Brücke unter heftigem Artillerie- und Infanteriefeuer überschritt.

Der Seeminenkrieg

Rotterdam, 11. Juli. Nach dem „Nieuwe Rotterd. Courant" sind im Monat Juni an der holländischen Küste angetrieben insgesamt 103 Seeminen, von denen 65 englischen, acht deutschen und 30 unbekannten Ursprungs waren.

Die Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten der Mittelmächte

Budapest, 11. Juli. Wie das „N. Budapester Journal" meldet, ist die von dem Präsidenten des Deutschen Reichstages Dr. Kämpf angeregte und nach Berlin einberufene Konferenz der Parlamentspräsidenten der Zentralmächte aus technischen Gründen auf den Herbst verlegt worden.

Zur Käseeinfuhr

Berlin, 11. Juli. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft weist gegenüber den immer wieder auftauchenden Gerüchten von einer Freigabe der Käseeinfuhr darauf hin, daß mit Ausnahme der Einfuhr aus Norwegen und Schweden, die dem Handel freigegeben ist, die Einfuhr aus der Schweiz nur unter gewissen Bedingungen, die von der Verrechnungsstelle für Schweizer Käse, München VIII, mitgeteilt werden, zugelassen ist.

Verheerungen einer Windhose

Wien, 11. Juli. Bei einer Windhose-Katastrophe in Wiener-Neustadt wurden 31 Personen getötet und über 100 verletzt.

Wien, 11. Juli. Blättermeldungen aus Wiener-Neustadt zufolge hat eine Windhose gestern Nachmittag in der Vorstadt Josephstadt große Verheerungen angerichtet. Fabrikanlagen und Häuser wurden abgedeckt und die Dächer durch die Gewalt des Orkans weggeblasen. Einige leichtere Gebäude wurden vollständig weggefegt. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert, zahlreiche Personen in die Luft geschleudert und verletzt.

Vorsicht bei Mitteilungen an deutsche Kriegsgefangene im Auslande

Berlin, 11. Juli. Immer wieder wird die Beobachtung gemacht, daß in Briefen an die deutschen Kriegsgefangene im Auslande von ihren Angehörigen Mitteilungen über Ereignisse in Deutschland (z. B. von Bahnbauten, Errichtung besonderer Fabriken usw.) gemacht werden, deren Bekanntwerden bei unseren Feinden im Interesse der Landesverteidigung höchst unerwünscht ist. Die mit unseren Kriegsgefangenen im Auslande in Briefverkehr stehende Bevölkerung kann nur auf das Eindringlichste ermahnt werden, in den Briefen alle Angaben, die irgendwie mit unseren militärischen Maßnahmen im Zusammenhang stehen könnten, zu vermeiden.

38. Deutscher Fleischer-Verbandstag

Halle, 11. Juli 1916.

II.

Die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Leube-Hamburg, die wir bereits kurz in ihren weniger anmutenden Ausfällen gegen die „Agrarier" gekennzeichnet haben, führten noch zu einer Entschließung, die in folgendem Wortlaut angenommen wurde:

Der Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes spricht die Erwartung aus, daß die Reichs- und Bundesregierungen der Viehhaltung im Rahmen der Kriegswirtschaft hinfort besondere Pflege angedeihen lassen. Selbst bei Anerkennung des Grundsatzes, daß die pflanzlichen Ernährungsmittel für die Ernährung der Menschen in erster Linie sichergestellt werden müssen, darf die Viehhaltung nicht zurückgestellt werden, da außer der Versorgung mit Vieh, Butter und Käse der bei weitem größte Teil der Fettversorgung von der heimischen Viehhaltung geliefert werden muß. Außerdem aber bildet die Fleischkost das Rückgrat der menschlichen Nahrung im Felde, in den Städten und in den Industriegebieten.

Die Viehhaltung verdient deshalb angesichts des leider eingetretenen Rückganges besondere Begünstigung. Alle sie betreffenden Maßnahmen sind nach ihrer Wirkung auf die Produktion tierischer Nahrungsmittel nachzuprüfen. Unter Ausnutzung aller Futterbestände ist auf eine Förderung dieser Erzeugung an den Grenzen der gesamten Nahrungswirtschaft hinzuwirken, wobei besonders Rücksicht auf die kleinbäuerlichen Betriebe zu nehmen ist, damit diesen eigentlichen Trägern der Viehhaltung genügend Futtermittel belassen bezw. zur Verfügung gestellt werden. Aber auch den viehlos- oder vieharm wirtschaftenden landwirtschaftlichen Großbetrieben ist die Pflicht aufzuerlegen, ihre Brach- und Futterflächen der Viehhaltung restlos dienstbar zu machen. Diese vieharmen Wirtschaften sind ein Krebsübel, und es muß deshalb ihrer Vermehrung in der jetzigen Zeit entgegengewirkt und in der Zukunft versucht werden, sie wieder vollständig zu beseitigen. In den Domänenpachtverträgen sind Bestimmungen über die Haltung eines der Grundfläche angepaßten Viehbestandes aufzunehmen.

Durch von der Reichsfleischstelle zur geeigneten Zeit vorzuschlagende, vom Kriegsernährungsamt anzuordnende Schlachtverbote für Kälber, Lämmer und Ferkel, Jungrinder und Zuchtiere, besonders in trächtigem Zustande, sowie durch eine von derselben Stelle unter Anpassung an die Marktlage für Futtermittel und unter Berücksichtigung der nächsten Aufgaben der Viehhaltung zu befolgende Preispolitik für Schlacht- und Magervieh ist dieses Bestreben zu ergänzen. Die Höchstpreise müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten bestimmt werden; den Viehhandelsverbänden ist nur die Durchführung, nicht aber die Festsetzung zu übertragen.

Schlachtungen zur Selbstversorgung sind nur im engsten Rahmen des entsprechend herabzusetzenden Bedarfs der Schlachtenden zuzulassen. Für alle sogenannten Hausschlachtungen ist die Genehmigungspflicht aufrechtzuerhalten und hierüber, sowie über Notschlachtungen eine öffentliche Statistik zu führen.

Auch nachstehende Entschließung der Obermeister Schlack und Koch in Verbindung mit Einzelantragen des Verbandsvorstandes fand einstimmige Annahme:

„Die bei der Gründung der Viehhandelsverbände maßgebend gewesenen Gesichtspunkte und Zweckabsichten sind durch die vollständig veränderte Sachlage unhaltbar geworden. Auch haben diese Organe zu einer unverhältnismäßigen Verteuerung der Fleischnahrung geführt, entfallen doch auf das Pfund Fleisch 15 bis 20 Pfg. Belastung. Die Zwangsmitgliedschaft der Viehhändler und Fleischer ist überall dort hinfällig geworden, wo die Beschaffung des Viehs einzelnen Hauptein käufern und deren Beauftragten übertragen worden ist. Andererseits hat die Mitarbeit der Gemeindeverwaltungen einen großen Umfang und eine ausschlaggebende Bedeutung gewonnen und an der Verteilung des Schlachtviehs sind alle Fleischer in gleichem Maße interessiert. Der Aufbau der Viehhandelsverbände entspricht deshalb den heute maßgebenden Verhältnissen ebensowenig, wie ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung. Es ist deshalb eine Umwandlung von Grund auf dringend notwendig. Hierbei sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

I. Organisation. 1. Die Viehhandelsverbände, Fleischversorgungsanstalten oder den gleichen Zweck verfolgende Organisationen sind zur Bewirtschaftung der gesamten Viehhaltung nur solange beizubehalten, als eine Rationierung der Fleischnahrung unumgänglich notwendig ist. 2. Die geschäftliche Leitung muß in die Hand wirklich sachverständig vorgebildeter Personen gelegt werden. 3. In den Vorstand sind Vertreter der Landwirtschaft, des Viehhandels, der Gemeindeverwaltungen und des Fleischergewerbes zu gleichen Teilen zu berufen. 4. Alle Fleischer und Viehhändler müssen den Viehhandelsverbänden und anderen unter 1 genannten Organisationen als Zwangsmitglieder angehören, Beiträge haben indes nur solche Mitglieder zu zahlen, die selbständig Vieh aufkaufen. 5. Die vom Kriegsernährungsamt festzusetzenden Höchstpreise für Vieh dürfen in keiner Form überschritten und die Uebernahmebestimmungen nicht umgangen werden. Die Einkäufer für die Militärverwaltung sind hieran ebenso zu binden wie andere Käufer.

II. Aufbringung des Schlachtviehs. 6. Bei Aufbringung des Schlachtviehs ist Viehhändlern und Fleischern in den Grenzen des Viehhandelsbezirks freie Hand zu lassen. Das angekaufte Schlachtvieh ist sofort dem zuständigen Viehhandelsverbande usw. unter Angabe der Gattung, Qualität, Zentnerpreises und des ungefähren Lebendgewichtes anzumelden. Die von den Fleischern angekauften Viehstücke sind diesen im Umfange ihrer Schlachtberechtigung nach Möglichkeit zu überlassen. Im übrigen bestimmt der Viehhandelsverband Ende jeder Woche über die Verteilung des Viehes auf die einzelnen Gemeinden, Fleischerorganisationen oder Einzelfleischer und erst dann darf über das Vieh anweisungsgemäß verfügt werden. 7. Für das Aufsuchen, Aufkaufen, Anmelden und Abliefern frei Eisenbahn oder Schlachthof innerhalb der Liefer-Gemeinden erhält der Vermittler eine Vergütung bis zu 2 Prozent des Einkaufspreises, bleibt jedoch für richtige Qualitätsbewertung, reelle Uebernahme, Mindergewicht, Trächtigkeit und Fahrlässigkeit beim Verladen haftpflichtig. Fleischer erhalten für selbst gekauftes und selbst geschlachtetes Vieh keine Vergütung. Sie verrechnen bei der Abnahme des Viehes mit den Landwirten direkt. Für Währschaftsversicherung ist dem Verkäufer ein entsprechender Abzug zu machen. Für Transport- und Viehlebensversicherung bis zur Uebernahme des Viehes durch die Fleischer und eigene Unkosten können die Viehhandelsverbände bis 1 Prozent des Einkaufspreises erheben. 8. Der An- und Verkauf von Zug-, Zucht- und Magervieh ist beim Viehhandelsverband meldepflichtig. 9. Die bezahlten Gebühren für die Ausweiskarten sind den Fleischern zurückzuzahlen, die auf den selbständigen Viehreinkauf verzichten. 10. Den Gemeindeverbänden ist die durchschnittlich wöchentlich aufzubringende Viehmenge — in Prozenten des zuletzt ermittelten Bestandes — bekanntzugeben. Sie sind, sofern durch Viehankauf dieses Quantum nicht zu beschaffen ist, auf Anordern des Viehhandelsverbandes verpflichtet, es im Wege der Enteignung, unter sachverständiger Schonung der zur Weiterzucht und zur laufenden Nutzung bestimmten Viehstücke sicherzustellen. 11. Bei der Verteilung von Schlachtvieh an die Fleischer müssen unter allen Umständen Schlachtschein, Gewichts-, Preis- und Nutzenberechnungen vorliegen oder aber auf dem Frachtbrief die erforderlichen Unterlagen vermerkt sein. Im anderen Falle ist das am Empfangsort ermittelte Gewicht oder die von der Abnahmekommission festgestellte Wertklasse und der dementsprechende Höchstpreis maßgebend. Die Bezahlung ist in jeder Richtung zu beschleunigen. Die Abnahmekommission ist aus einem Tierarzt als Vorsitzenden, einem Fleischer und einem Viehhändler oder Landwirt zu bilden. 12. Zur Feststellung der Bewertung der Qualität, übermäßigen Gewichtsverlustes und Minderwertes infolge Trächtigkeit und Fischigkeit ist gleichfalls die Abnahmekommission zuständig. Das Empfangsgewicht darf nicht mehr als 5 Prozent unter dem Abnahmegewicht (Stallgewicht abzügl. 5 Prozent) betragen.

III. Verteilung des Schlachtviehes. 13. Die Verteilung des Schlachtviehes erfolgt auf Grund der für den Fleischverkauf abgelieferten Marken bezw. nach Maßgabe der Kundenliste. Die Schlachtungen sind auf die einzelnen Fleischereigewerbetreibenden — nur solche, die bereits vor dem Kriege das Fleischereigewerbe berufsmäßig ausgeübt haben — so zu verteilen, daß auch den Kleinbetrieben die Existenzmöglichkeit bleibt. Den zu Schlachtungen Berechtigten sind „Viehbezugs- und Schlachterlaubniskarten" auszuhändigen, worauf die Begrenzungen zu vermerken sind, bei deren Nichachtung Entziehung der Schlachterlaubnis auf kürzere oder längere Zeit erfolgen kann. 14. Die Gemeindeverwaltungen haben das ihnen überwiesene Vieh möglichst lebend an die Fleischer zu verteilen. Im Falle wegen zu geringer Zufuhr oder auf Verlangen der Fleischer zwecks leichterer Verteilung das Vieh geschlachtet verteilt werden muß, muß die Schlachtung einer Verteilungs-Organisation der Fleischer, falls eine solche besteht, übertragen werden. 15. Im Falle die Gemeindeverwaltung genötigt ist, die Schlachtung in eigener Regie vornehmen zu lassen, hat sie die Schlachtabfälle den Fleischern bezw. ihren Genossenschaften zur Verwertung zu überweisen. Eine Zentralisierung der Wurstfabrikation ist stets zu vermeiden. Wenn eine solche trotzdem verlangt werden sollte, ist sie in Gemeinschaft mit der Fleischerinnung oder durch diese in bestehenden Betrieben, auf genossenschaftlicher Grundlage durchzuführen."

In der weiteren Fortsetzung der Verhandlungen sprachen Obermeister Schmidt-Hannover und Jarecky-Posen über

die Viehverteilung durch die Stadtverwaltungen

Herr Schmidt führte aus: Pflicht der Gemeinden wäre es gewesen, dafür zu sorgen, daß den Fleischern das Vieh in lebendem Zustande geliefert würde. Statt dessen haben Gemeindeverwaltungen die Abschlachtung, die Großfabrikation und die Verwertung der Abfälle selbst übernommen. In dieser schweren Zeit muß für die Erhaltung der Kleinbetriebe gesorgt werden. Das Fleischergewerbe gehöre nicht zu denjenigen Erwerbszweigen, die für die Kriegsgewinnsteuer in Betracht kommen, sondern es friste nur ein notdürftiges Dasein. Diese Darlegungen fanden ihren Niederschlag in folgender Entschließung:

„Der 38. Deutsche Fleischer-Verbandstag zu Halle a. S. ist nach eingehender Aussprache über die Fleischversorgung des deutschen Volkes einmütig gewillt, die seitens der einzelnen Stadtverwaltungen getroffenen Maßnahmen zu einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zu unterstützen und durchzuführen zu helfen. — Wenngleich das Fleischergewerbe in der schwierigen Frage der Fleischversorgung bislang sein Möglichstes unter Hintansetzung seiner eigenen Interessen getan hat, um den notwendigsten Bedürfnissen des täglichen Lebens an Fleisch- und Wurstwaren zu genügen, so muß es auf der anderen Seite von einsichtigen Behörden, in der für das Fleischergewerbe durch die ernsten Zeitverhältnisse hervorgerufenen schwierigen Lage, um so mehr erwarten, daß unter Berücksichtigung der staatsbürgerlichen Verpflichtungen und Aufrechterhaltung des selbständigen Handwerks dasselbe in der Frage der Fleischversorgung nicht ausgeschaltet wird."

Herr Jarecky-Posen brachte noch Einzelheiten zu dieser Angelegenheit, die ihn zu dem Vorschlage veranlaßten, daß die Verteilung der Fleischmengen an die Fleischer durch die Innung erfolgen solle. Gewerberat Falk-Mainz wandte sich besonders dagegen, daß die kleinen Fleischerbetriebe ausgeschaltet würden.

Die erwähnte Entschließung wurde angenommen mit einem Zusatz, der sich die Ausführungen des letztgenannten Sprechers zu eigen machte.

Ueber Fleischkarten

sprach Obermeister Dreßler-Freiberg, der besonders die Verhältnisse im Königreich Sachsen behandelte. Die Fleischkarte gilt anfangs als Sparmarke, gab aber keinen Anspruch auf die Fleischmenge. Nachher kamen die Kundenlisten, die eine Sicherung der Fleischverteilung herbeiführen sollten. Der Redner bekämpfte die Absicht nach Einführung einer fleischlosen Zeit. Seine Ausführungen gipfelten in folgender Entschließung:

„Der Deutsche Fleischer-Verbandstag spricht sich gegen die Einführung einer längeren fleischlosen Zeit aus, denn mit Rücksicht auf Gewöhnung und Bedürfnis ist es namentlich in der jetzigen Zeit für weite Kreise nicht gleichgültig, ob Fleisch und Fett — wenn auch nur vorübergehend — als Nahrung vollständig ausfallen. Für die Stadtbewohner bildet das Fleisch einen Hauptteil der Eiweißversorgung, während auf dem Lande die Milch hierzu dient. Bei dem Rückgang der Milcherzeugung ist die Fleischversorgung der Städte und Industriebezirke deshalb von besonders großer Bedeutung, zumal auch das Brot eiweißärmer und die Hülsenfrüchte knapp geworden sind, sollen sanitäre und wirtschaftliche Nachteile vermieden werden.

Die jetzt geübte Verteilung der Schlachtungen auf die einzelnen Gemeinden auf Grund der Schlachtungen in den entsprechenden Monaten der letzten Friedensjahre ließ die Anrechnung der Fleischeinfuhr aus dem Auslande in die hierfür früher in Betracht gekommenen Gemeinden außer acht und hielt Begünstigungen von Versand- und Fremdenstädten aufrecht, die während des Krieges in Wegfall kommen müßten. Deshalb spricht sich der Deutsche Fleischer-Verbandstag weiter für die Einführung einer Reichsfleischkarte und einheitliche Rationierung des Fleischverbrauchs im ganzen Deutschen Reiche aus. Die Kopfration sollte wöchentlich oder monatlich dem vorliegenden Angebot angepaßt und trotz des Charakters der Fleischkarten als Sperrkarten nicht höher angesetzt werden, als die Befriedigung aller Verbraucher zuläßt, damit nicht die Sorge um die tägliche Nahrung zum alles beherrschenden Gedanken oder gar Anlaß zur Unlust und Verzagtheit wird."

Reichstagsabgeordneter Leube teilte hierzu noch mit, daß die Reichsfleischkarte in einigen Monaten kommen werde. Die Schwierigkeiten bei ihrer Einführung ergäben sich aus dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Wenn wir Schaden hätten, so läge das nicht am Parlament, sondern an den Herren aus der Regierung, die zwar den besten Willen hätten, aber aus ihrer Haut nicht heraus könnten. Die Dreßlersche Entschließung

Die Höchstpreisfestsetzung für Fleisch- und Wurstwaren

behandelte stellvertretender Obermeister Richter-Dresden. Mit gegebenen Preisen für das Vieh müsse gerechnet werden. Heute haben wir durch fast ganz Deutschland gewisse Einheitspreise für das Vieh. Und demnächst werde es jedenfalls der Landwirtschaft gelingen, durch Erlangung höherer Höchstpreise, weniger zur Freude der Fleischer und Verbraucher, die Verhältnisse für sich abermals zu verbessern. Der Redner trat für eine bessere kaufmännische Durchbildung der Fleischer ein. Dadurch allein könne der Meinung beweiskräftig entgegengetreten werden, daß die Fleischer Unsummen verdienen. Den Fleischern müsse ein gewisses Existenzminimum bei Zuteilung von Fleisch gewährt werden, wenn selbstverständlich auch nicht die Verhältnisse herbeigeführt werden könnten, wie sie vor dem Kriege bestanden.

Nach der Mittagspause erörterte der Bezirksvereinsvorsitzende Wönne-Gotha unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in seiner Heimat die

Die heutige Fortsetzung unseres Romans „Auf märkischer Erde" erscheint aus Raumgründen ausnahmsweise in der nächsten Ausgabe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191607122-11/fragment/page=0003

„Beschränkung der Wurst- und Konserventerstellung"

Dieser Berichterstatter wies wie früher schon oft von anderer Seite der Regierung die Schuld an der Massenschlachtung der Schweine zu. Besonders trat durch die Herstellung von Dauerwaren eine Knappheit des Fleisches ein. Der Redner erhoffte von der Einführung der Reichsfleischkarte eine Besserung der Verhältnisse.

Die Beschlagnahme des Rohfettes

besprach Obermeister Bürz-München. Die Rohfettfrage habe eine Regelung erfahren durch die Gründung der deutschen Rohfett-Aktiengesellschaft, über deren Einrichtung und Aufgaben wir bereits nähere Mitteilungen veröffentlicht haben.

Von der Beschlagnahme der Häute

handelte der Vortrag des Obermeisters Häussermann-Stuttgart. Der ins Leben gerufenen Kriegsleder-Aktien-Gesellschaft gehören 170 Häuteverwertungsvereine an, die einen Umsatz von über 16 Millionen Mark verzeichnen. Ueber diese K.-L.-A.-G. machte auch dieser Redner nähere Mitteilungen, ebenfalls über die Beschlagnahmebestimmungen. Hierbei bemängelt der Vortragende die Höhe der Abzüge, die gegen 3½ Millionen Mark betrügen, wovon den Gerbern etwa 2 Millionen als Geschenk zufließen. Nicht zu verstehen sei es, warum die „Kriegsleder" sich gegen Höchstpreise für alle Ledersorten sträuben. Die Gerber verdienten 65 mal mehr wie im Frieden. Dem Volke sei in dieser Kriegszeit auf diese Weise rund eine Milliarde entzogen worden. Die Häutepreise stehen zu dem Viehpreise in gar keinem Verhältnis. Während die Viehpreise in einem bestimmten Verhältnis gestiegen seien, hätten die Häutepreise nur eine wesentlich geringere Steigerung erfahren. Der Fleischer erhält bis zu 50 Pfg. für die Haut weniger als er selbst zu zahlen hat. In Anbetracht der hohen Lederpreise beabsichtigt die Regierung offenbar eine Herabsetzung der Leder- und der Häutepreise. Das sei in bezug auf die Häute sehr bedauerlich. Es wäre richtig, daß die Lederpreise herabgemindert würden, aber bei den Häutepreisen handele es sich um das Dasein der Fleischer. Eigentlich wollte der Redner eine Heraufsetzung der Häutepreise beantragen, aber er wolle sich bescheiden. Dagegen beantragte er eine Reihe von Bestimmungen über die Behandlung der Felle. U. a. daß die Felle von Vieh, das in öffentlichen Schlachthäusern nicht anders behandelt wird, wie das von Fleischern geschlachteten. Die Fleischer, die bereits im August 1914 einer Häuteverwertungs-Vereinigung angehörten, sollten ihr auch weiter angehören können. Die Gemeinden, die selbst schlachteten, sollten die Felle gleichfalls dem Häuteverein überliefern. Weiter wurden noch andere Vorschläge gemacht. Allen diesen Vorschlägen wurde ebenso zugestimmt, wie dem Antrage des Bezirksvereins Sachsen-Altenburg-Reuß, der eine Erhöhung der Höchstpreise für Häute fordert. Diese Vorschläge wurden dem Verbandsvorstande als Material überwiesen. Weiter wurde beschlossen, daß der Fleischerverband dem bestehenden Interessenverbande mit 10 000 Mark Kapital als Mitglied beitritt. Ein Antrag aus Schlesien wird in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse des Vorstandes auf Beseitigung der Klasse 3 und Zuweisung dieser Klasse auf Klasse 1 und 2 wird ebenfalls als Material überwiesen.

Die Beschlagnahme der Knochen,

über die Obermeister Schmidt-Hannover berichtete, hat für das Fleischergewerbe insofern Bedeutung, als die Knochenanfälle in keiner Weise vernichtet, sondern gesammelt und weiterverkauft werden sollen. Die einzelnen Bestimmungen aber sind derart, daß sie für das Fleischergewerbe, weil da Mengen von über 100 Zentnern in Frage kommen, nicht in Betracht kommen, wohl aber für die Knochenverarbeitungsfabriken. Mit diesen Bestimmungen könne man sich befreunden. Dem Fleischergewerbe aber erwächst die Pflicht, die Knochen zu sammeln im Interesse des Vaterlandes, da 80 Prozent der Knochen zu Futterzwecken verwendet werden und nur 20 Prozent zur Leimfabrikation hergerichtet werden sollen.

Nach Ausführungen eines Redners über die Notwendigkeit einer anderen Abstufung der Preise für Rohfette bemerkte der Vorsitzende, daß der Vorstand bereits beschlossen hat, in dieser Hinsicht geeignete Schritte zu tun.

Hiermit waren die Fragen, die die Fleischversorgung betrafen, erledigt und der Verbandstag beschäftigte sich nun mit den einzelnen

Verbandsangelegenheiten

Zunächst wurde der Ehrenobermeister der Leipziger Fleischerinnung Kollege Nietschmann um seiner Verdienste für das Fleischergewerbe willen zum Ehrenmitgliede des Verbandes ernannt.

Sodann wurde der Kassenbericht über 1915 gegeben, der eine Einnahme von 59 982,49 und eine Ausgabe von 40 732,31 Mark verzeichnet. Das Verbandsvermögen, in Wertpapieren angelegt, beträgt 120 500 Mk. Für die Kriegshilfe gingen 35 397,15 Mk. ein. Die Eduard-Stein-Stiftung hatte einen Bestand von 9466,45 Mark. Der Bericht wurde genehmigt.

Zum Haushaltplan 1916/17 lagen Anträge des Bezirksvereins Unterelbe, betr. Beiträge Einberufener, und Hinterpommern, betr. Kriegsunterstützungen, vor. Jener will von den Einberufenen Verbandsbeiträge nicht erhoben wissen. Der Vorstand steht auf dem Standpunkte, daß die Innungen die Beiträge für die eingezogenen Mitglieder zahlen sollten. „Unterelbe" zieht den Antrag zurück. Der Haushaltplan wird darauf in Einnahme und Ausgabe auf 35 500 Mk. festgesetzt. Der Bezirksverein Hinterpommern beantragt die Bereitstellungo des größten Teiles des Verbandvermögens zur Unterstützung derjenigen Kriegsteilnehmer, nach ihrer Rückkehr aus dem Felde, deren Selbständigkeit während der Kriegszeit verloren gegangen ist, damit sie ihren Beruf wieder ausüben können. Der Vorstand widerriet die Annahme dieses Antrages. Es lägen dem Verbande noch große Aufgaben ob. Gewiß werde nach Beendigung des Krieges, soweit die Kriegshilfe nicht ausreiche, der Verband auch um Bereitstellung größerer Mittel angegangen werden; soweit aber es sich um die Wiederselbständigmachung von Kollegen handle, werde auch durch Reichshilfe geholfen werden. Der Antrag Hinterpommern wurde hierauf abgelehnt.

Sodann wurden die Anträge des Vorstandes zur Abänderung der Verbandssatzungen widerspruchslos angenommen. Der erste und zweite Verbandsvorsitzender Lamertz-Köln und Friedrich-Nürnberg wurden durch Zuruf auf 3 Jahre wiedergewählt. Die Wahl des Ortes des nächsten Verbandstages wird dem Vorstande überlassen.

Zum Schlusse der Tagung dankte der Vorsitzende für die sachliche Behandlung aller Fragen und schloß mit dem Wunsche, daß wir einen ehrenvollen Frieden erhalten werden.

Provinz Sachsen und Umgebung

Das Eiserne Kreuz

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielten: Leutnant Martin Hempel aus Schmölln, Leutnant Ernst Sieler aus Altenburg und Hauptmann und Bataillons-Kommandeur Hans Freygang aus Krotoschin.

Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielten: Leutnant der Res. Martin Springer aus Moschwig, Obermaschinistenmaat W. Kahle aus Ochelmitz, Musketier Alwin Keil aus Ochelmitz, Kanonier Georg Bräunig aus Eilenburg, Sergeant Franz Matthias und Musketier Willi Höpfner aus Aschersleben, Unteroffizier Willy Haufe aus Merseburg, Gärtnereigehilfe Willy Höpfner aus Lauchstädt, Unteroffizier Hans Wenzel aus Mücheln, Gefreiter Ernst Lebrecht aus Thalborf, Leutnant Lehrer Biesold aus Ruhla, Leutnant Max Tonne aus Bad Sulza, Feldwebelleutnant Emil Landmann aus Zeitz, Sanitätsunteroffizier Karl Bonfack aus Steinbach bei Liebenstein, Unteroffizier Otto Schröder aus Ruhla, Unteroffizier Oskar Schlegel aus Gräfenthal, Unteroffizier Rudolf Dietz aus Ichtershausen, Unteroffizier Ernst Kühn aus Kranichfeld, Feldmagazininspektor Alfred Geßner aus Neustadt (Orla), Gefreiter Emil Walter aus Urbach, Gefreiter Arno Gläser aus Arnstadt, Kriegsfreiwilliger Carl Ebert aus Gera, Obermatrose Richard Riedel aus Schleiz, Torpedo-Obermaschinistenmaat Max Treuner aus Probstzella und Gefreiter Paul Hübner aus Groß-Gräfendorf.

Kirche, Schule, Jubiläen, Ernennungen

— **Merseburg**, 11. Juli. (Direktor Ziehens Abschied.) Am Sonnabend verabschiedete sich Herr Gymnasialdirektor Professor Dr. Ziehen, der bekanntlich als Direktor und Domherr an die Ritterakademie nach Brandenburg berufen ist, in der Aula unseres Gymnasiums. Nach einem Choral, Psalmenverlesung und Gebet würdigte Herr Professor Wernecke die Verdienste des scheidenden Direktors, dankte ihm für alles, was er der Schule und den Lehrern gewesen, und wünschte ihm Glück und Segen für seine neue Stellung. Darauf verabschiedete sich Herr Direktor Professor Dr. Ziehen mit herzlichen Worten und wünschte der alten Stiftsschule ein weiteres Gedeihen. Er schloß seine eindrucksvolle Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Deutschland. Verschönt wurde die Feier durch zwei Gesänge unseres Gymnasialchores.

Vieh- und andere Märkte

Arnstadt, 11. Juli. (Ferkelpreise.) Die Preise für Ferkel sind auf dem hiesigen Schweinemarkt gegen die Wochen vorher anfänglich zurückgegangen. Während das Paar früher 80 bis 100 Mark kosteten, werden jetzt 50 bis 70 Mark bezahlt. Läuferschweine kosten das Stück 40 bis 60 Mark.

Duderstadt, 11. Juli. (Pferdepreise!) Welche Preise für gutes Pferdematerial gezahlt werden, zeigt ein Fall auf dem letzten Duderstädter Pferdemarkt, wo für ein Pferd mit Zwillingsfohlen 5400 Mark gezahlt wurden.

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 12. Juli.

Das Eiserne Kreuz

Dem Vizefeldwebel-Luftschiffer Walter Rosenbaum stud. math. et. nat., der sich auf dem östl. Kriegsschauplatze befindet, wurde das eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen.

Der zweite Kommunale Bezirks-Verein hält Donnerstag, den 13. Juli in Kohl's Restaurant, Königstr. 4 eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag von Herrn G. Bauer, Direktor der Prov. Blindenanstalt „Weder Blind- und Kriegsblindsein und über die zweckmäßigen Fürsorgemaßnahmen."

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 11. Juli. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.28	5.30
Holland	224¾	225¼
Dänemark	158¾	159¾
Schweden	158¾	159¾
Norwegen	158¾	159¾
Schweiz	102¼	103¼
Oesterreich-Ungarn	69.45	69.55
Rumänien	86¾	88¾
Bulgarien	79½	80½

Der Bankdiebstahl bei der Diskontogesellschaft in Berlin

Berlin, 11. Juli. Der Bankdiebstahl bei der Diskontogesellschaft ist noch größer als sich zunächst übersehen ließ. Der Defraudant Stephan muß sich seinen Plan vor langer Hand zurecht gelegt haben. Die weiteren Ermittelungen förderten bei einer Hausdurchsuchung wichtige Briefe und Schriftstücke zu Tage. So kam man auf eine geschäftliche Verbindung Stephans mit einem kleineren Berliner Bankgeschäft. Auch mit auswärtigen Bankhäusern hat der Defraudant in Verbindung gestanden. Er hatte sich im ganzen für über 100000 Mk. bares Geld und dazu für 173000 Mk. Ungarische Wertpapiere durch seine Veruntreuungen angeeignet.

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 11. Juli. An der Börse übte die hohe Befriedigung über die glückliche Ankunft des ersten deutschen Handelstauchbootes in Amerika einen recht günstigen Einfluß auf die Stimmung aus. Besonders machte sich Festigkeit für Schiffahrtsaktien unter Bevorzugung von Norddeutsch'n Lloyd-Aktien geltend. Ferner sind einzelne Montan- und Rüstungsaktien, wie Oberschlesische Eisenindustrie und Oberschlesische Eisenbahnbedarf, Deutsche Waffen und Ludwig Löwe als gebessert zu nennen. Die Umsätze bewegten sich aber in engsten Grenzen. Der Anleihemarkt war unverändert fest. Tägliches Geld 4 Prozent.

Produktenbericht

Berlin, 11. Juli. Das äußere Bild des Produktenmarktes war nicht verändert und der Verkehr sehr still. Die Preise blieben im allgemeinen behauptet. Eine Ausnahme machte Spelzspreumehl, das im Preise weiter zurückging. Beschlagnahmefreier Mais war begehrt aber nicht am Markte. Altes Heu und Heidekraut fanden guten Absatz.

Wiener Börsenstimmungsbild

Wien, 11. Juli. Die heutige Börse war im hohen Grade geschäftsstill, ohne daß für die weitgehende Zurückhaltung ein neues Moment vorlag. Auch in den ganzbarten Werten kamen nur vereinzelte Abschlüsse zu wenig veränderten Kursen vor, die sich unter dem Druck der Geschäftsstille mäßig abschwächten. Einzelne Petroleumwerte waren höher. Der Anlagemarkt war behauptet.

Letzte Telegramme

Die Verteilung der Nobelpreise abermals verschoben

Stockholm, 12. Juli. Die schwedische Regierung hat beschlossen, die Verteilung der Nobelpreise für Physik, Chemie und Literatur von 1916, wie die der im vorigen Jahre zurückgestellten Preise, bis zum 1. Juni 1917 zu verschieben.

*

Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 11. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz

Zwischen Ancre und Somme setzten die Engländer nachmittags und nachts starke Kräfte zum Angriff in breiter Front beiderseits der Straße Bapaume—Albert an. Nordwestlich der Straße wurden sie zusammengeschossen, ehe es zum Nahkampf kam. Oestlich der Straße entspannen sich heftige Kämpfe im Südrande des Dorfes Contalmaison und des Waldes von Mametz. Die wiederholten Versuche des Feindes, das Wäldchen von Trônes wieder in die Hand zu bekommen, scheiterten unter großen blutigen Verlusten für ihn und unter Einbuße von etwa 100 Gefangenen. — Südlich der Somme wurde der Ansturm von Neger-Franzosen gegen die Höhe von La Maisonnette mit überwältigendem Feuer empfangen; einzelne Neger, die bis zu unseren Linien vordrangen, fielen unter den deutschen Bajonetten oder wurden gefangen genommen. Bei dem gestern berichteten Gegenangriff auf Barleux blieben fünf Offiziere, 147 Mann gefangen in unserer Hand. — Die Artillerietätigkeit war im ganzen Kampfabschnitt bedeutend, unser Sperrfeuer unterband alle Angriffsabsichten des Feindes zwischen Belloy und Soyécourt.

Im Maasgebiet fanden sehr lebhafte Artilleriekämpfe statt.

Auf der übrigen Front stellenweise gesteigertes Feuer und mehrere ergebnislose feindliche Gasangriffe. Patrouillen und Erkundungsabteilungen unserer Gegner zeigten große Rührigkeit; sie wurden überall abgewiesen.

Bei Leintrey (Lothringen) drang eine deutsche Abteilung nach einer umfangreichen Sprengung in die stark beschädigte französische Stellung ein und nahm 60 Mann gefangen; auch südlich von Luisse wurden von einer Patrouille Gefangene eingebracht.

Bei sehr reger Fliegertätigkeit ist es zu zahlreichen Luftgefechten gekommen, in denen der Feind an der Somme und westlich von Bouziers je zwei Flugzeuge verlor. Außerdem ist ein englischer Doppeldecker bei Courcelette (an der Straße Bapaume—Albert) durch Abwehrfeuer heruntergeholt.

Oestlicher Kriegsschauplatz

An der Front von der Küste bis Pinsk keine besonderen Ereignisse.

Bei Pinsk Ruhe: die russische Veröffentlichung über die Räumung der Stadt ist frei erfunden.

Gegen die Stochod-Linie lief der Gegner an vielen Stellen vergeblich an, mit stärkeren Kräften bei Czerewiszcze, Hulewicze, Korsuni, Janowka und beiderseits der Bahn Kowel—Rowno. Bei Hulewicze wurde er durch kräftigen Gegenstoß über seine Stellung hinaus zurückgeworfen. Er büßte in diesen Kämpfen über 700 Gefangene und drei Maschinengewehre ein.

Unsere Fliegergeschwader haben Truppenausladungen bei Horodzieja (Strecke Baranowitschi—Pinsk) ausgiebig mit Bomben belegt und ihre Angriffe auf russische Unterkunftsorte östlich des Stochod wiederholt. Im Luftkampf wurde je ein feindliches Flugzeug bei Woronischa (westlich von Zirin) und westlich von Okonck abgeschossen.

Bei der

Armee des Generals Grafen v. Bothmer hatte ein Jagdkommando ein günstiges Gefecht südlich des Waldes von Burkanow und hat einige Dutzend Gefangene eingebracht.

Balkan-Kriegsschauplatz

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Bomben auf Harwich und Dover

Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Zwei deutsche Marineflugzeuge haben nachts vom 9. zum 10. Juli die Hafenanlagen und Küstenwerke von Harwich und Dover mit Bomben belegt.

Tanga besetzt

London, 11. Juli. (Amtlich) General Smuts berichtet: Tanga wurde am 7. Juli besetzt. Der Feind leistete schwachen Widerstand bei der Räumung der Stadt, nachdem er die Wasserwerke zerstört hatte.

Gewinn-Auszug

der

8. Preuss.-Südd. (234. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 1. Ziehungstag. 11. Juli 1916.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 3000 M 77008
2 Gewinne zu 1000 M 136403
4 Gewinne zu 500 M 61437 161535
8 Gewinne zu 400 M 9096 33633 45429 99348
12 Gewinne zu 300 M 40312 107768 131598 148036 166060 195586
22 Gewinne zu 200 M 21871 26234 85349 89140 104761 106421 109033 111748 157025 199762 207714
74 Gewinne zu 100 M 5459 7360 7563 9779 32245 43222 55507 59507 61241 68199 70367 76085 77332 80177 94859 101113 106216 108491 112724 113040 114776 123708 125648 132885 136175 137754 153150 162961 168670 183164 187020 191788 203564 203608 206978 208966 212166

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 201458
2 Gewinne zu 3000 M 136740
2 Gewinne zu 400 M 87417
18 Gewinne zu 300 M 61230 73601 77178 87083 129997 138267 141489 170252 211064
28 Gewinne zu 200 M 16385 30917 39209 40350 59377 82532 101613 101993 111245 124723 141534 176367 189480 203800
54 Gewinne zu 100 M 1573 10102 13051 30639 61004 72169 73140 76157 78546 78859 80448 92839 93702 108980 122842 122968 126584 130738 147036 152851 161437 179515 188306 192001 192229 202038 204642

Wetterbericht

vom 11. Juli: Im weitaus größten Teile Deutschlands wiederholten sich gestern die Regenfälle; sie waren wieder vielfach von Gewittern begleitet. Die größten Mengen fielen in den nördlichen Gebietsteilen, Emmerwinde meldet 25, Berlin 33 Millimeter Niederschlag. Die Temperatur zeigt wenig Aenderung. — Aussichten für Mittwoch: Ziemlich heiter, vorwiegend trocken, tagsüber warm.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Mätzold; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mieschner; für Feuilleton, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: H. Reißner; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle (Saale).

Alle die Schriftleitung betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Geschäftsstelle bzw. den Verlag, sondern lediglich an die „Schriftleitung der Hallesche Zeitung in Halle (Saale)" zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191607122-11/fragment/page=0004